

[Mustafa Najem: Xenophobie sollte nicht zum Antlitz der ukrainischen Nation werden](#)

14.12.2010

Der gestern geschehene Vorfall steht in keinerlei Beziehungen zu meiner beruflichen Tätigkeit und ich verbinde die Geschehnisse nicht mit meiner Arbeit. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass ich als Journalist das Recht habe meine Meinung zu diesem Ereignis zu äußern, zumal es mich unmittelbar selbst betroffen hat.

Bevor ich die chronologische Abfolge der Ereignisse des gestrigen Abends darlege, möchte ich zur Vermeidung jeglicher Spekulationen ein wichtiges Moment unterstreichen. Ich bin Journalist. Doch vor allem ein Mensch. Der gestern geschehene Vorfall steht in keinerlei Beziehungen zu meiner beruflichen Tätigkeit und ich verbinde die Geschehnisse nicht mit meiner Arbeit. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass ich als Journalist das Recht habe meine Meinung zu diesem Ereignis zu äußern, zumal es mich unmittelbar selbst betroffen hat.

Wie es war

Gestern etwa gegen 21.30 Uhr saßen wir mit meiner Kollegin in ihrem Auto auf dem Parkplatz des „5. Kanals“, dabei darauf wartend, dass der Motor warm wird.

Zur gleichen Zeit fuhr eine Patrouille der „Berkut“ (Sondereinheit der Miliz) auf den Parkplatz. Aus dem Auto stiegen zwei Mitarbeiter aus. Einer von ihnen ging zum Motorbereich des Autos und begann mit einer Taschenlampe in das Innere zu leuchten. Er beleuchtete zuerst das Gesicht meiner Kollegin, danach betrachtete er lange meines. Offen gesagt war bereits diese Prozedur selbst nicht sehr angenehm. Doch offensichtlich schreibt jemand diese Vorgehensweise vor.

Mich aufmerksam betrachtend, ging der Berkut Angehörige um das Auto und klopfte an die Tür. Theoretisch hätte ich nicht aus dem Auto aussteigen müssen und hätte durch das heruntergelassene Fenster erfahren können, wodurch das Interesse an mir hervorgerufen wurde. Doch ich entschied auszusteigen – ich hatte nichts unrechtmäßiges getan und zudem hatte ich keinen Anlass irgendeiner Aggressionen mir gegenüber zu erwarten.

Der junge Mann bat darum die Dokumente vorzuzeigen. Man muss dazu sagen, dass er während des gesamten Dialoges damit fortsetzte ins Gesicht zu leuchten. Ich fragte, wo der Grund für die Störung liegt. Wir wurde nur gesagt: Überprüfung der Dokumente.

Ich bat den Mitarbeiter darum sich vorzustellen und seine Dokumente vorzuzeigen. Er – zu seiner Ehre – zeigte seinen Ausweis. Schweigend setzte er damit fort in mein Gesicht zu leuchten. Ich begann meine Dokumente herauszusuchen.

In diesem Moment stieg meine Kollegin aus dem Auto und forderte zu erklären, auf welcher Grundlage Leute mitten in der Nacht aus ihren Autos geholt werden. Die Antwort war erneut überraschend einfach: **„Wir fassen Sie nicht an, doch haben wir das Recht seine Dokumente zu überprüfen“**. Offensichtlich rief diese Antwort bei meiner Kollegin Entrüstung hervor. Das weitere Gespräch wurde in erhöhtem Tonfall fortgesetzt. Der Mitarbeiter der Berkut setzte den Streit mit der Journalistin des „5 Kanals“ fort, gleichzeitig dabei versuchend meine Dokumente mit der Taschenlampe zu beleuchten. Ich öffnete vor ihm das Portemonnaie mit dem Journalistenausweis und steckte es erneut in die Tasche.

Hier ist eine Erläuterung von Nöten. Die Mehrzahl der Journalistenausweise ist gleichen Typs: eine große Fotografie und eine große Aufschrift „Presse“. Alle Journalisten, die draußen arbeiten, tragen ihn in der Regel an einem leicht zugänglichen Ort, um ihn in jedem beliebigen Moment auf Aufforderung vorzulegen. Persönlich ist das bei mir bereits ein Reflex. Ich hole das Dokument heraus, halte ihn kurz vor, damit man ihn sieht und stecke ihn zurück.

Dessen ungeachtet, als ich das Dokument in die Tasche zurücksteckte, wurde der Lichtstrahl wieder auf mein Gesicht gerichtet und der Mitarbeiter der Berkut bat darum den Ausweis noch einmal zu zeigen. Danach gab es folgenden Dialog:

Ich: Ich habe ihn bereits gezeigt und Sie haben ihn gesehen.

Berkut: Nein, Sie haben ihn nicht gezeigt.

Ich: Sie haben doch gerade erst darauf geleuchtet.

Berkut: Ich habe ihn nicht gesehen. Das heißt, zeigen Sie ihn **noch** einmal.

Vom Prinzip her gab es keinen besonderen Wunsch das Gespräch fortzusetzen. Ich griff schweigend bereits zum zweiten Mal in die Tasche um die Dokumente hervorzuholen. In diesem Moment kam der zweite Berkut Angehörige heran. Wie sich später herausstellte, der Vorgesetzte in der Gruppe. Er fragte, was vorgefallen sei. Die Antwort war, wie vorher bereits auch, einfach:

„Hier ist eine Person kaukasischer Nationalität und diese möchte ihre Papiere nicht zeigen.“

Eine wortwörtliche Wiedergabe des Satzes. Mir erschien die Äußerung unzulässig und beleidigend. Nicht deswegen, weil ich mich meines Äußeren, der Hautfarbe oder der Herkunft schäme. Sondern weil dieser Satz in eben dieser Formulierung das folgende bedeutet: „Wenn du eine Person kaukasischer Nationalität bist, dann musst du von der Definition her bereit sein und dich damit abfinden, dass man dich darum bittet deine Papiere immer und überall zu zeigen. Und daher bist du öfter dazu verpflichtet deine Dokumente vorzuzeigen, als andere“.

Ich gebe zu, dass bei mir in diesem Moment, gelinde gesagt, jeglicher Wunsch abhanden kam, mit der Berkut zu kooperieren. Ich habe meine Dokumente in die Tasche zurückgesteckt und sagte ruhig – das können meine Kollegin und beide Mitarbeiter der Berkut bestätigen – ohne erhöhten Tonfall:

„Nach dem, was Sie gesagt haben, verweigere ich Ihnen meine Dokumente zu zeigen.“

„Warum?“

„Denn sein Äußeres gibt Ihnen nicht das Recht Papiere zu fordern“, mischte sich meine Kollegin bereits ebenso ruhig ein.

„Wir klären das mit unseren Rechten selbst. **Wir fassen Sie doch nicht an, obgleich wir das Recht haben das Auto zu durchsuchen.** Und Sie kommen mit uns aufs Revier“, erklärte der Berkut Angehörige, sich an mich wendend.

Ich leistete keinen Widerstand. Der Mitarbeiter nahm mich am Arm und führte mich zum Auto. Bereits beim Einsteigen in den Streifenwagen, holte ich mein Mobiltelefon aus der Tasche. Der Berkut Angehörige nahm es mir grob mit den Worten ab: „Es ist hier verboten ein Telefon zu benutzen“.

Wir trafen innerhalb von sechs bis zehn Minuten beim Milizrevier von Podol ein. Auf dem Weg gab es auf meinem Mobiltelefon bereits Anrufe: in diesem Moment erschien bei der **„Ukrainskaja Prawda“** bereits die Nachricht über meine Festnahme. Auf die Anrufe zu antworten gestattete man mir nicht – das Telefon lag neben dem Berkut Mitarbeiter.

Als wir zum Gebäude des Reviers kamen, schrieb der mich festnehmende junge Mann direkt in der Maschine seinen Bericht. Fünfzehn Minuten später traf der Parlamentsabgeordnete Oles Donij beim Reviergebäude ein. Ich wiederhole, ich schaffte es nicht von meinem Telefon aus auch einen Anruf zu machen.

Als man mich aus dem Auto ließ und innerhalb des Reviergebäudes herumführte, war ich trotzdem sicher, dass alles so vorübergeht: mir wird vor Ort eine Entschuldigung gegeben und damit wird der Vorfall beendet sein.

Doch hier geschah das unangenehmste. Beim Eingang zum Revier nahm mich der Berkut Mitarbeiter am Arm und mit den Worten „Das ist deine“ warf er mir mit einer schnellen Bewegung etwas in die Jackentasche. Offen gesagt,

erschrak ich etwas. Hart stoppend, kehrte ich die Tasche nach außen. Auf den Boden fiel das Telefon. Der Berkut Mitarbeiter setzte damit fort mich mit Nachdruck in das Revier hineinzuziehen. Ich bat ihn ein weiteres Mal darum zu erklären, warum man mir zuerst das Telefon abnahm und es mir jetzt zugeschoben wurde. Die Antwort war erneut einfach: „**Ich muss Ihnen nichts erklären**“.

Im Revier erzählte ich alles dem Revierleiter. Auf die Frage, wie wir die Angelegenheit klären können, forderte ich, dass die mich festnehmende Streife sich bei mir entschuldigt und das Telefon zurückgibt. Der Leiter führte die Gruppe an die Seite und sagte, dass sie drei Minuten zum Nachdenken haben. Als Antwort erklärte der junge Berkut Mitarbeiter, dass er nicht begreift, wo seine Schuld liegt und er nicht beabsichtigt eine Entschuldigung vorzubringen.

Die übrigen – der Revierleiter der Miliz, der Vorgesetzte in der Berkut Gruppe und der Fahrer – entschuldigten sich und gaben zu, dass ein Fehler geschehen war. Zu diesem Zeitpunkt gab es tatsächlich bereits Anrufe von weiter oben. Ob die vorgebrachten Entschuldigungen aufrichtig waren oder Folge des Drucks der Führung, kann ich nicht beurteilen. Wenigstens der Vorgesetzte in der Gruppe erschien mir als hinreichend offener und verständiger Mensch.

Weitere zehn Minuten später rief der Leiter des Kiewer Innenministeriums, Alexej Krikun, an. Soweit ich verstehe, wurde ihm Bericht über die Festnahme erstattet und ihm die Version der Berkut erzählt. Krikun hörte sich ebenfalls meine Version an und erachtete es als nötig sich für die Handlungen seiner Untergebenen zu entschuldigen, dabei versprechend eine Dienstaufsichtsuntersuchung einzuleiten.

Wir wurde das Telefon zurückgegeben und ich verließ das Milizrevier. Das ist die ganze Geschichte. Alles weitere oben angegebene bin ich bereit vor Gericht und bei persönlicher Gegenüberstellung mit Mitarbeitern der Berkut zu bestätigen.

Und die letzte Anmerkung. Ich hatte niemals irgendwelche Probleme mit der Miliz. Die Prozedur der Feststellung der Personalien habe ich hunderte Male durchlaufen: meine Dokumente werden seit meinem 14. Lebensjahr überprüft. Vor der Ausgabe meines Passes habe ich zwei Jahre lang die Geburtsurkunde bei mir getragen und viele Jahre bevor ich Journalist wurde bin ich es gewohnt, dass die Miliz dieses Recht hat – meine Dokumente zu überprüfen. Journalist werdend, habe ich nur meinen Pass gegen den Journalistenausweis getauscht.

Außerdem hatte ich praktisch niemals Probleme mit Securitymitarbeitern – weder persönlich, noch bei Ämtern, noch bei Massenaktionen. Nicht weil ich besonders nachgiebig wäre. Ich bin es einfach gewohnt die kleinen Missverständnisse, die auftreten, zu den Kosten des Berufs zu zählen. Ich habe diesen gewählt und ich begreife alle Nachteile und bin mir bewusst, dass in der Regel meine Arbeit zum Opfer derartiger Konflikte wird.

Daher begreife ich im Ganzen gut, wie diese Leute arbeiten und in den letzten Jahren habe ich gelernt mit ihnen einen Dialog zu führen. Ausgehend von dieser Erfahrung, kann ich eindeutig sagen, dass der junge Mann, der mich festnahm, aggressiv war, seine Befugnisse überschritt und das Gesetz übertrat.

Das zur Chronologie, jetzt zur Sache.

Erstens: Ich fordere die Entlassung des Mitarbeiters, der keine Entschuldigung vorbringen wollte. Noch gestern fürchtete ich, dass dies als Rache gewertet werden könnte. Doch jetzt kann ich aufrichtig sagen, dass es aufgrund der Vorgänge keine Restemotionen bei mir gibt. Ich lebe, bin gesund und ich möchte nicht mit dem Thema des ideellen Schadens spekulieren.

Ich könnte klagen oder eine Erklärung an die Miliz in meinem Namen schreiben, doch das Geschehen betrifft nicht nur mich. Es ist ein Problem der Xenophobie in der Gesellschaft im Ganzen und in den Reihen der Rechtsschutzorgane im Besonderen. Lasst uns nicht heucheln. Der Vorfall, der mit mir geschah – ist kein Sonderfall. Das geschieht täglich, stündlich in allen Regionen des Landes. Der Unterschied besteht nur darin, dass die „**Ukrainskaja Prawda**“ darüber nicht schreibt und deswegen um elf Uhr Nachts die Führung des ukrainischen Innenministeriums nicht stört.

Hier bin ich gezwungen meine Entschuldigung gegenüber denen vorzubringen, die täglich in eine ähnliche Situation geraten. Möglicherweise wäre es richtig, gegenüber der Führung des Innenministeriums keine Zugeständnisse zu machen, auf dem Schreiben eines Berichts zu bestehen und den Vorfall zu einem großen Skandal unter Einbeziehung der Massenmedien, von Menschenrechtlern usw. aufzublasen, um an diesem Beispiel konkret das existierende Problem der Xenophobie zu demonstrieren. Ich habe dies nicht getan und werde dies auch nicht tun. Doch das hebt die Notwendigkeit einer Reaktion der Regierung nicht auf.

Falls Wiktor Janukowitsch und die Führung des Innenministeriums die Forderung nach Entlassung des oben genannten Berkut Mitarbeiters ignorieren, wird das nur eines bedeuten: die Regierung ist auf der Seite der Xenophobie. Das würde zum ersten Signal einer möglicherweise schwach glimmenden Stimmung. Und ich möchte gern die jetzige Regierung an ihre Kritik des radikalen Nationalismus und Faschismus der letzten sechs Jahre erinnern. Bestätigen Sie Ihre Kritik mit Taten.

Zweitens: Gesondert möchte ich mich an die politischen Kräfte wenden, die sich selbst National-Patrioten nennen. Sie sind daran gewöhnt für die Erscheinungen fremdenfeindlicher Stimmungen kritisiert zu werden. Ich habe viele Interviews und Treffen mit den Führern dieser politischen Kräfte durchgeführt und in der Regel haben sie sich alle von äußerst radikalen Ansichten distanziert. Und vielen von ihnen glaube ich aufrichtig.

Zeigen Sie es jetzt. Sprechen Sie Ihre Sichtweise aus – nicht meinetwegen – allgemein, im Ganzen zu diesem Problem. Eine einmütige Verurteilung von Xenophobie durch alle politische Kräfte könnte zum Unterpfand zur Verhinderung von Ereignissen wie der Menschenjagd auf dem Manegenplatz in Moskau werden.

Drittens: Wir wissen alle sehr gut, dass Personen mit kaukasischem, usbekischem, tatarischem und überhaupt „unslawischem“ Äußeren öfter der Prozedur der Überprüfung von Dokumenten unterzogen werden, als andere. Daran hat man sich gewöhnt, doch das ist **NICHT** normal.

Bei aller Achtung gegenüber denjenigen, die gestern offiziell diese Ereignisse kommentiert haben, hat mich eine seltsame Rechtfertigung unangenehm berührt: Milizionäre sollen Fernsehmoderatoren nicht kennen. Verzeihen Sie, das ist Schwachsinn. Niemand forderte mich zu erkennen. Zumal ich es mir niemals erlaube meinen Journalistenausweis dann vorzuzeigen, wenn ich nicht beruflich unterwegs bin. Zumal bei der Miliz. Wie die Praxis zeigt, reizt das oftmals und schafft Probleme.

Doch dieses Argument führt zur Frage: und was, ohne Journalistenausweis darf man kein vollwertiger Mensch sein? Oder könnte es unterschiedliche Verhaltensregeln der Miliz für gewöhnliche Personen kaukasischer Nationalität und Journalisten/Fernsehmoderatoren mit dem gleichen Äußeren geben?

In Verbindung damit fordere ich die Instruktionen der Streifendienste offenzulegen, nach denen sie die Überprüfung von Dokumenten vornehmen. Ich möchte wissen, wen und unter welchen Umständen sie zu überprüfen verpflichtet sind. Eine Anfrage zu diesem Dokument könnte der Menschenrechtsausschuss der Werchowna Rada stellen. Richtig wäre es, dass es die Forderung nicht eines einzelnen Parlamentsabgeordneten oder einer Fraktion, sondern des Parlaments im Ganzen ist.

Viertens: Wie ich am Anfang anführte: ich bin Journalist. Ich bin es gewohnt meinen Namen in den Massenmedien unter Artikel und in Titeln zu sehen und es ist äußerst unkomfortabel für mich, meinen Namen in den Artikeln selbst erwähnt zu sehen. Das gestern geschehene ist keine Kapriole von mir. Ich geriet ins Zentrum dieser Geschichte Kraft von Umständen, die wenig von mir abhängen.

Daher möchte und werde ich keine Kommentare abgeben, an irgendwelchen Konferenzen und Shows als handelnde Person teilnehmen. Ich bin bereit jegliche Bewegungen und Initiativen zur Bekämpfung derartiger Erscheinungen zu beleuchten und deren Sprachrohr zu sein.

Und das letzte: An uns wird das Echo der Ereignisse in Moskau herangetragen. Offensichtlich ist, dass diese Absurdität unter vollständiger Duldung von Seiten der Machthaber möglich wurde. Ebenso kam es so, dass die Ukraine in letzter Zeit immer öfter mit Russland verglichen wird. Ich fange nicht an zu beurteilen, ob es gut oder schlecht ist. Doch es ist so.

Das, was gestern geschehen ist, könnte – ausschließlich dank der Eintracht meiner Kollegen aus den Massenmedien – zu einem weiteren Grund werden Analogien zur Situation in Russland zu führen. Ich bin mir sicher, dass es viele gibt, die sich diesem Virus hingeben. Doch das kann man vermeiden.

Und tun kann das nur derjenige, den man den Hauptleitenden bei der Einführung der russischen Realien in der Ukraine nennt. Erneut macht es keinen Sinn zu klären, ob es gut oder schlecht ist, doch als diesen Menschen bezeichnet man Wiktor Janukowitsch. Und eben seine öffentliche eindeutige Position könnte einen Schlusspunkt in diesem Prozess setzen.

Quelle: [Ukrainskaja Prawda](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 2521

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.